

Pressemitteilung

Frauenpolitik muss Priorität haben – Frauen mit Migrationsgeschichte nicht aus dem Blick verlieren

Frauendezernentin Tina Zapf-Rodríguez wendet sich mit Appell für eine starke und ausfinanzierte Frauenpolitik an kommende Bundesregierung

Vertreterinnen Frankfurter Frauenträger: Langfristige Folgen bei Kürzungen im Integrationsbereich für Frauen und Kinder

Die Frauenpolitik steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Laut Bundeshaushaltsentwurf 2025 sollen die Mittel für Sprach- und Integrationskurse massiv gekürzt werden. Statt wie aktuell 1,1 Milliarden Euro sollen nur noch 500 Millionen Euro zur Verfügung stehen. „Diese drastische Kürzung wird gravierende Auswirkungen auch in Frankfurt auf die betroffenen Frauen und die Träger im Bereich Frauen und Arbeitsmarkt haben. Die Reduzierung der Integrationsangebote blockiert den Zugang von Frauen zur Erwerbstätigkeit und gefährdet damit nicht nur die soziale Teilhabe der Frauen, sondern die wirtschaftliche Stabilität auch des Standorts Frankfurt“, sagte Frauendezernentin Tina Zapf-Rodríguez am Donnerstag (6. März 2025) in einem Pressegespräch mit Vertreterinnen der Initiative Frankfurter Frauenträger (IFF). „Ich habe mich in einem Brief an die möglichen Koalitionspartner von CDU/CSU und SPD gewandt und eindringlich appelliert, die Förderung von Frauenprojekten und Integrationsmaßnahmen als zentrale Aufgabe der kommenden Legislaturperiode sicherzustellen. Wir brauchen eine zukunftsorientierte Gleichstellungspolitik. Dafür müssen die Weichen jetzt gestellt werden.“

Besonders Frauen mit Migrationsgeschichte sind in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe immer noch stark benachteiligt. Sprachbarrieren, mangelnde Kinderbetreuungsangebote und fehlende Qualifizierungsprogramme erschweren den Weg in den Arbeitsmarkt. Kürzungen bei Integrationskursen, insbesondere bei Frauen- und Elternintegrationskursen, verschärfen die Situation zusätzlich. „Einsparungen im Integrationsbereich treffen nicht nur unmittelbar zugewanderte Frauen besonders hart, sondern beeinflussen langfristig auch den Integrationsprozess und die Bildungschancen ihrer Kinder. Insbesondere Mütter spielen eine Schlüsselrolle für eine gelungene und dauerhafte Integration ihrer Familien – daher sind Investitionen in ihre Bildung unerlässlich“, betont Anne Buchheister von infrua e.V.

„Die Deutschförderung ist das Fundament für jede weitere Orientierung und berufliche Entwicklung. Es ist fahrlässig, die Kurse ohne Not zu streichen! Frauen mit Migrations- und Fluchtgeschichte benötigen ein verlässliches, aufeinander aufbauendes Angebot der Qualifizierung, das sie befähigt, ihren beruflichen Zielen näher zu kommen. Wir begleiten Frauen auf ihrem Weg bis auf die Integration auf dem Arbeitsmarkt. Wir können es uns angesichts des Fachkräftemangels nicht leisten, die Ressourcen und Kompetenzen der Frauen nicht zu nutzen“, erklärt Irina Lagutova, Geschäftsführerin beramí berufliche Integration e.V.

Die Dezernentin fordert daher:

- Die vollständige Wiederherstellung und Sicherstellung der Finanzierung von Frauenintegrationskursen, insbesondere für Mütter.
- Eine Aufstockung des Kursumfangs auf mindestens 900 Unterrichtseinheiten, um nachhaltige Integration zu gewährleisten.
- Flexible und ausreichende Kinderbetreuungsangebote, damit Frauen an Sprach- und Qualifizierungskursen teilnehmen können.
- Die gezielte Förderung von Qualifizierungsprogrammen und Existenzgründungen für Frauen mit Migrationsgeschichte.
- Den Schutz und Ausbau der Arbeit von Frauenprojekten und Beratungsstellen, die unverzichtbare Anlaufstellen für Frauen in schwierigen Lebenssituationen sind.

„Eine Gesellschaft, die Frauen von Integration und Erwerbstätigkeit ausschließt, verzichtet auf enormes Potenzial. Wir brauchen eine starke, ausfinanzierte Frauenpolitik, die Chancengleichheit ermöglicht und soziale Teilhabe sichert“, betont Tina Zapf-Rodríguez: „Die Stadt Frankfurt am Main steht gemeinsam mit den Trägern und Initiativen an der Seite der Frauen und fordert die kommende Bundesregierung auf, eine aktive und zukunftsorientierte Frauenpolitik in den Koalitionsverhandlungen zu verankern.“

Pessekontakt: Susanne Schierwater, E-Mail: susanne.schierwater@stadt-frankfurt.de